

diagonal

100 Jahre
BSPV

www.bspv.ch

Editorial



Nach den Feierlichkeiten stehen schwierige Themen an.

Manu Friedrich

Zwei brisante Themen eng verknüpft

Die Jubiläumsfeierlichkeiten sind vorbei. Der BSPV muss sich nun mit den schwierigen Themen Pensionskassen und Lohnpolitik befassen. Die Mitglieder dürfen und sollen Stellung nehmen.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Am 22. Juni hat der BSPV mit einer Feier im Kulturcasino sein 100-jähriges Bestehen begangen. Wenige Tage später, am 5. Juli, präsentierte der Regierungsrat die erwartete Vorlage zum Pensionskassengesetz. Das Thema ist hochkomplex und wird den BSPV in den kommenden Monaten stark fordern. Die Vernehmlassungspartner haben bis Anfang Oktober Zeit, Stellung zu nehmen.

Welche Haltung soll der BSPV einnehmen? Am 20. September findet eine ausserordentliche Zentralvorstandssitzung

zur Gesetzesvorlage statt. An dieser soll die Stossrichtung des Verbandes festgelegt werden. Die Mitglieder können über ihre Sektion Einfluss nehmen oder ihre Meinung direkt an die Geschäftsstelle schicken.

Klar ist, dass die grossen Belastungen durch die Sanierung der Pensionskassen nur mit einer verlässlichen Lohnentwicklung abgedeckt werden können. Eine befriedigende Lösung beim Lohnsystem wird unsere Haltung zu den Pensionskassenfragen wesentlich beeinflussen.

2 Aktuelles Thema

Pensionskassen – verwirrlige Situation

Die Vernehmlassung zum Pensionskassengesetz ist gestartet. Der BSPV hat bis Anfang Oktober Zeit, Stellung zu nehmen. Die Mitglieder sind aufgefordert, sich an der Diskussion zu beteiligen.

5 Aktuelles Thema

Ein armer Staat ist ein schlechter Staat

Am 23. September können die Berner Stimmberechtigten über zwei Steuerbegehren abstimmen. Je nach Entscheid wird der Kanton künftig mehr oder weniger Mittel zur Verfügung haben.

Hinweis

Ausserordentliche Sitzung des Zentralvorstands

Der Zentralvorstand des BSPV trifft sich Anfang Herbst zur ausserordentlichen Sitzung. Thema ist die Gesetzesvorlage zu den kantonalen Pensionskassen.

Datum: Donnerstag, 20. September 2012

Zeit: 16.00 Uhr (ACHTUNG: 1 Stunde früher als üblich)

Ort: Universität Bern, Freiestrasse 3, 3012 Bern
Die Mitglieder des Zentralvorstands erhalten demnächst die Einladung mit weiteren Informationen. Wer verhindert ist, meldet seine Stellvertretung bitte der Geschäftsstelle: Tel. 031 311 11 66 oder E-Mail an sekretariat@bspv.ch.



Ein heisses Eisen: Der Regierungsrat will mit seiner Pensionskassenvorlage keinesfalls Schiffbruch erleiden.

Manu Friedrich

Pensionskassen – mehr als verwirrlische Situation

Die Vernehmlassung zum Pensionskassengesetz ist gestartet. Der vorgeschlagene Primatwechsel ist nur eines von vielen Elementen. Die Mitglieder des BSPV und die Verbandsorgane sind aufgefordert, Stellung zu beziehen.

Die Geschäftsleitung des BSPV hat die umfangreichen Vernehmlassungsunterlagen zum Pensionskassengesetz (Projekt FUTURA) Mitte August eingehend diskutiert. Am 20. September findet eine ausserordentliche Zentralvorstandssitzung zum Thema statt. An dieser soll die Stossrichtung des Verbandes festgelegt werden. Die Mitglieder können über ihre Sektion Einfluss nehmen.

Primatwechsel: Folgen ungewiss

Ein Element der Gesetzesrevision ist der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Bei den vom Regierungsrat getroffenen Annahmen – Lohnentwicklung von jährlich 1,5 Prozent – bleibt die Renten-

erwartung gleich wie heute. Ist die Lohnentwicklung höher, so bringt das Beitragsprimat Nachteile. Denn überdurchschnittliche Lohnentwicklungen müssen individuell versichert werden. Ist die Lohnentwicklung hingegen tiefer, bringt es sogar Vorteile. Der Primatwechsel soll kein Sparpaket sein. Das hat der Grosse Rat seinerzeit versprochen. Bei einer Jahresinflation von zehn Prozent, wie wir sie auch schon erlebt haben, hätte das Beitragsprimat allerdings verheerende Folgen.

Die im Leistungsprimat in Aussicht gestellten Renten werden im Beitragsprimat nicht mehr die gleichen sein. Davon sind vor allem die älteren Mitarbeitenden betroffen. Damit der Verlust klein bleibt,

sind Besitzstandbeiträge von 500 Millionen Franken vorgesehen. Alle Mitarbeitenden erhalten eine Gutschrift erteilt.

Leistungskürzungen befürchtet

Die beiden Kassen hatten Ende Jahr eine Unterdeckung von fast drei Milliarden Franken. Der Kanton will diese in den folgenden Jahren ausgleichen. Ob er dabei ein System der Voll- oder der Teilkapitalisierung wählen wird, ist noch nicht entschieden. Die Arbeitnehmenden sollen dadurch nicht direkt belastet werden.

Der Regierungsrat ist gewillt, die Ausfinanzierung bei einem technischen Zinssatz von 3,5 Prozent zu übernehmen. Die Verwaltungskommission der Bernischen

Pensionskasse (BPK) hat beschlossen, diesen Satz auf 2,5 Prozent zu senken. Das hat nichts mit der Gesetzesrevision zu tun.

Eine solche Massnahme wird aber zu erheblich höheren Beiträgen ab dem 1. Januar 2013 führen oder langfristig zu massiven Leistungskürzungen wie beispielsweise die Erhöhung des Rentenalters. Der BSPV hofft, dass in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Als Gesamtpaket beurteilen

Ob der BSPV das Referendum gegen die Gesetzesvorlage ergreifen muss, wird sich nach der Behandlung der Vorschläge im Grossen Rat weisen. Klar ist, dass die enormen Belastungen durch die Sanie-

rung der Pensionskassen nur mit einer verlässlichen Lohnentwicklung abgefördert werden können. Der Regierungsrat hat deshalb bewusst Lohn- und Vorsorgefragen verknüpft.

Der BSPV wird die Pensionskassen-vorlage im Rahmen der allgemeinen personalpolitischen Entwicklungen als Gesamtpaket beurteilen.

Lohn ist gut – eine verlässliche Lohnentwicklung ist besser

Der BSPV begrüsst die anstehende Revision des Lehreranstellungsgesetzes (LAG). Das Staatspersonal ist indirekt stark betroffen. Nach zehn verlorenen Jahren besteht endlich Aussicht auf eine verlässliche Lohnentwicklung.

Mit deutlichen Worten weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Lohnentwicklung in den letzten zehn Jahren völlig ungenügend war. Nun will die Kantonsregierung das Ruder herumreissen. Die Personalverbände begrüssen dies.

Löcher dringend stopfen

Wenn die neuen Mitarbeitenden einen verlässlichen Lohnanstieg bekommen, ist das gut. Aber für all jene, die in den letzten Jahren nichts oder zu wenig erhalten haben, muss ebenfalls etwas getan werden. 200 Millionen Franken braucht es, um die Lohndelle zu füllen. Und auch dann hat die unbedachte Lohnpolitik der letzten Jahre noch ihre Opfer.

Der BSPV fordert deshalb:

- Sofortige Umsetzung des neuen LAG
- Anpassung des Personalgesetzes (PG)
- Ausfinanzierung der Lohnlücke
- Voller Teuerungsausgleich
- Überprüfung aller Einreichungen

Pensionskassengesetz in Vernehmlassung

Der Regierungsrat hat am 5. Juli eine Gesetzesvorlage zu den kantonalen Pensionskassen in die Vernehmlassung gegeben. Die Vernehmlassungspartner haben bis Anfang Oktober Zeit, Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassungsunterlagen finden sich unter www.be.ch/vernehmlassungen.

Was bekämpft wird und was akzeptiert werden kann, wird der BSPV mit seinen Mitgliedern in einer vertieften Diskussion bestimmen. Am 20. September findet dazu eine ausserordentliche Zentralvorstandssitzung statt. Ihre Meinung zur Vorlage interessiert uns: sekretariat@bspv.ch.

Einfluss auf Pensionskassenfrage

Der BSPV ist gespannt, wie sich die Revision der Personalverordnung (PV) Ende dieses Jahres präsentieren wird. Vaterchaftsurlaub, fünfte Ferienwoche für alle, Entschädigungsanspruch für Arbeit am Samstagvormittag usw. sind wichtige Aspekte, die neu geregelt werden müssen.

Und das in einer Zeit äusserster finanzieller Anspannung. Ob der Grosse Rat die Einsicht haben wird, dass mit halben Massnahmen nichts mehr geht, wird sich weisen. Eine befriedigende Lösung beim Lohnsystem wird unsere Haltung zu den anstehenden Pensionskassenfragen wesentlich beeinflussen.

Pfarrer sind Kantonsangestellte!

Eine grossrätliche Motion verlangt, dass der Regierungsrat die Finanzierung der Löhne der Pfarrerinnen und Pfarrer der Berner Landeskirchen via Kirchensteuern mittels Bericht prüft. Bern ist schweizweit der einzige Kanton, der seine Pfarrerinnen und Pfarrer aus Staatsgeldern bezahlt. Er hat aber auch vor gut zweihundert Jahren das Kirchengut verstaatlicht und damit einhergehende Verpflichtungen übernommen. Kann sich der Kanton von diesen einfach so lossagen? Der BSPV hat sich in seiner 100-jährigen Geschichte stets für solidarische Lösungen ausgesprochen. Pfarrerinnen und Pfarrer sind Kantonsangestellte und sollen es auch bleiben. Wir fordern alle Grossratsmitglieder auf, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die Motion Wüthrich abzulehnen.

vgl. Interview auf S. 7

Mit einem



Prämien sparen.

Ein armer Staat ist ein schlechter Staat

Am 23. September können die Berner Stimmberechtigten über zwei Steuerbegehren abstimmen. Je nach Entscheid werden dem Kanton in den kommenden Jahren Millionen fehlen, die sinnvoll investiert werden könnten.

«Faire Steuern – Für Familien» fordert ein Komitee aus Gewerkschaften und Angestelltenverbänden. Die Geschäftsleitung des BSPV hat an ihrer Mai-Sitzung beschlossen, den Abstimmungskampf für die gleichnamige Initiative zu unterstützen. Diese hat primär drei Ziele:

- Die letzte Steuersenkung soll rückgängig gemacht werden.
- Der Kinderabzug soll erhöht werden.
- Die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer soll abgeschafft werden.

Ein «Ja» bringt 80 Millionen

Wird die Steuerinitiative am 23. September angenommen und damit eine der nicht finanzierten Steuersenkungen der letzten Jahre rückgängig gemacht, hat der Kanton Bern jährlich rund 80 Millionen Franken mehr zur Verfügung. Er kann damit in die Zukunft investieren – in die Bildung, in Verkehrsinfrastrukturen, in die Erhaltung der Landschaft und in sinnvolle Personalmassnahmen. In Anbetracht der aktuellen finanzpolitischen Situation braucht der Kanton Bern diese Mittel dringend!

Regierung unterstützt Stossrichtung

Der Regierungsrat des Kantons Bern unterstützt die Stossrichtung der Initiative: «Aus finanzpolitischen Gründen ist es richtig, dass die mit der Steuergesetzrevision 2011/2012 beschlossenen Steuersenkungen teilweise rückgängig gemacht werden sollen», hiess es in der Medienmitteilung vom 18. Mai 2012.

Doch nicht nur der Kanton würde bei einer Annahme der Initiative profitieren: Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Bruttolohn von 70 000 Franken würde jährlich 340 Franken sparen.

Der Gegenvorschlag des Grossen Rates verdient seinen Namen nicht. So sind

Matthias Burkhalter
Geschäftsführer BSPV



beispielsweise die Forderungen bezüglich der Pauschalbesteuerung stark abgeändert und abgeschwächt worden. Er würde daher eine Verschlechterung der Finanzsituation des Kantons Bern bringen. Deshalb sagt die Geschäftsleitung des BSPV **Ja zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien» und Nein zum Gegenvorschlag des Grossen Rates.**

Steuern senken, Löhne kürzen?

Die Volksabstimmung über die Teilrevision des Motorfahrzeugsteuergesetzes wird am 23. September wiederholt. Dies hat der Regierungsrat des Kantons Bern beschlossen, nachdem das Bundesgericht vier Beschwerden gegen eine Wiederholung der Abstimmung abgewiesen hat. Der Personaldachverband «angestellte bern» ist erleichtert darüber. Denn mit Annahme des Volksvorschlages würden dem Kanton 120 Millionen Franken pro

Jahr fehlen. Dies hätte nicht zuletzt auch Auswirkungen auf die Löhne der Kantonsangestellten. Dabei würden die jährlichen Auto-Betriebskosten kaum reduziert. Die massiven Steuerausfälle hätten dagegen negative Auswirkungen auf den Service public und damit auf die Allgemeinheit.

Personal muss Notbremse ziehen

Wir haben es in der Hand, die Notbremse zu ziehen. Es geht um 120 Millionen Franken pro Jahr. Wer bei den Autosteuern 300 Franken spart und dann wegen des Spardrucks keine Gehaltsstufe erhält, kommt schlecht weg. Wer für den Volksvorschlag stimmt, befürwortet damit indirekt weitere Sparprogramme bei der Bildung, den Pensionskassen, der Fürsorge, im Gesundheitswesen und beim Personal. Die Haltung der Geschäftsleitung des BSPV ist deshalb klar: **Nein zum Volksvorschlag und Ja zur Ecotax-Vorlage des Grossen Rates.**

BSPV unterstützt Steuerinitiative

Die Geschäftsleitung des BSPV hat am 4. Mai beschlossen, den Abstimmungskampf für die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» mit 10 000 Franken zu unterstützen.

Wird die Initiative am 23. September angenommen, hat der Kanton Bern jährlich rund 80 Millionen Franken mehr zur Verfügung, die er sinnvoll in Bildung, Pensionskassen, Gesundheitswesen – und nicht zuletzt in Personalmassnahmen investieren kann.

Kehrl+Oeler
 CH-3001 Bern
 Telefon 031 388 81 11
 www.kehrl+oeler.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
 Lagerlogistik

Regional • National • International

diagonal **BSPV
 APER**

**Hotline
 Inserate
 Telefon**
031 300 63 89

E-Mail:
 inserate@staempfli.com

cb

Bucher Baugeschäft AG
 Ihr Partner für Reparaturen
 Um- und Neubauten
 Kernbohrungen und Betonfräsen
 Sägemattstrasse 2 | 3097 Liebfeld
 Telefon 031 971 29 95 | www.bucherbau.ch

NEU: Keramische Wand-
 und Bodenbeläge
 www.bucherbau.ch/plattenarbeiten



SCHMID
 Storen AG

Wir storen Sie!
 Zum Beispiel mit: Pergolastoren

Schmid-Storen AG
 Industriestrasse 65 CH-3052 Zolllikofen
 Telefon 031 911 00 12 Fax 031 911 63 52
 info@schmidstoren.ch www.schmidstoren.ch

Beratung • Verkauf
 • Montage • Service • Reparaturen
 von Sonnen- und Wetterschutzprodukten

*Grotto Ticino
 Pizzeria Cafiero
 am Breitenrainplatz
 3014 Bern*

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
 Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22:45 Uhr
 Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77

www.grotto-ticino.ch

atupri.ch

«Bei der **Wahl** unserer
 Krankentaggeld-Versicherung
 waren **Kompetenz, Erfolg**
 und das **Verhältnis** von Preis
 und **Leistung** entscheidend.»

Susanne Ruchti
 HR-Verantwortliche
 INTERSPORT SCHWEIZ AG

Atupri Krankenkasse
 Firmenkunden
 Zieglerstrasse 29, 3000 Bern 65
 Tel. 031 555 09 11, firmenkunden@atupri.ch

**Krankenkasse
 atupri**

frutcake



«Brücken zu bauen ist ein wichtiges Anliegen von mir»

Nach zwanzig Jahren im Amt als Beauftragter für kirchliche Angelegenheiten des Kantons Bern ist Hansruedi Spichiger per Ende Juli pensioniert worden. Dem BSPV bleibt der Theologe aber weiterhin treu. Ein Rück- und Ausblick.

Sie wirkten zwanzig Jahre lang als Verbindungsstelle zwischen Kirche und Kanton. Wo liegen da die Herausforderungen?

Hansruedi Spichiger: Brücken zu bauen war und ist immer ein wichtiges Anliegen von mir. Frontenbildungen dienen nie der Sache. Man muss aufeinander zugehen und eine für alle tragbare Lösung finden. Als ich 1992 anfang, führte der Kanton gerade verschiedene Sparmassnahmen durch. Die Verunsicherung war gross. Seitdem mussten wir bis heute insgesamt 45 Stellen abbauen. Dies sozialverträglich umzusetzen war nicht einfach.

Wie hat sich das Verhältnis von Kirche und Staat in den letzten zwanzig Jahren verändert?

In der Grundtendenz blieb es unverändert. Ich würde sogar sagen, das Verhältnis ist vertrauensvoller als Anfang der Neunzigerjahre. Heute haben wir eine gute Partnerschaft und vieles ist klarer geregelt – beispielsweise die Anstellungsbedingungen der Pfarrerrinnen und Pfarrer.

«Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ist vertrauensvoller geworden.»

Was sagen Sie zu einem aktuellen Vorstoss, der die Entrichtung der Pfarrlöhne aus den allgemeinen Steuermitteln in Frage stellt?

Da habe ich grösste Vorbehalte und Skepsis. Mit der Verstaatlichung der Kirchengüter hat der Kanton 1804 auch Verpflichtungen wie eben die Ausrichtung der Pfarrlöhne übernommen. Wenn man nun davon abrücken würde, wären entsprechende Abgeltungen nötig. Sonst käme dies einer Enteignung gleich.

Was hätte es für Folgen, wenn die Kirchgemeinden für die Pfarrlöhne aufkommen müssten?

Die Kirche erbringt viele Leistungen im sozialen Bereich. Wenn die Kirchgemeinden ihre Pfarrer künftig selbst bezahlen müssten, hätten sie viel weniger Mittel dafür zur Verfügung. Sie müssten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und ihr soziales Engagement entsprechend herunterfahren.

Warum sind Sie 1994 in den Pfarrverein und damit in den BSPV eingetreten?

Aus Solidarität. Mir ist wichtig, dass der Pfarrverein vom Kanton als Sozialpartner wahr- und ernstgenommen wird. Nur so können gemeinsame konstruktive Lösungen gefunden werden. Ich bleibe dem BSPV jedenfalls auch als Pensionär treu.

Was wünschen Sie sich für das Verhältnis zwischen Kanton und Kirchen in Zukunft?

Generell ist es mein Wunsch, dass man im Interesse des Kantons und seiner Vielfältigkeit Wert auf eine stabile und konstruktive Partnerschaft zwischen Kirche und Staat legt und Sorge zu dieser trägt.

Wie sehen Ihre persönlichen Zukunftspläne aus?

Ich habe noch keine eigentlichen Pläne gemacht. Es war mir erstmal wichtig, eine gute Amtsübergabe zu machen, damit die Kontinuität gewährleistet ist. Bis Ende August begeben mich in Zäsur. Danach entscheide ich mich.

Der BSPV wünscht Ihnen für die Zukunft alles Gute.

Hansruedi Spichiger

1992 wurde der Theologe Hansruedi Spichiger zum Sekretär der Kirchendirektion gewählt. 1994 übernahm er das Amt des Beauftragten für kirchliche Angelegenheiten des Kantons Bern. Gleichzeitig wurde Spichiger Mitglied des Pfarrvereins des BSPV. Per 31. Juli 2012 wurde Hansruedi Spichiger pensioniert.

100 Jahre BSPV

Am 22. Juni hat der BSPV sein 100-jähriges Jubiläum begangen. Zuerst fand im Rathaus die Abgeordnetenversammlung (AV) statt. Anschliessend wurde im Kulturcasino Bern gefeiert.



Über 170 Delegierte und Gäste an der AV 2012 im Rathaus.

Manu Friedrich

Die Jubiläumsfeierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen des BSPV sind am 22. Juni über die Bühne gegangen. Über 170 Abgeordnete und Gäste fanden sich um 16.00 Uhr zur Versammlung im Grossratssaal des Berner Rathauses ein.

Zwei Grossbaustellen

Mit einem rund zehnminütigen Kurzfilm über die Geschichte des BSPV wurde die Jubiläumsversammlung eröffnet. Danach informierte Regierungsrat Bernhard Pulver die Anwesenden über aktuelle perso-

nalpolitische Themen. Zunächst sprach Pulver dem Staatspersonal jedoch seinen grossen Dank für das tagtägliche Engagement für den Service public aus. Dann ging es um zwei grosse Baustellen: die Löhne und die Renten. Pulver versprach, sich mit aller Kraft zum Wohle des Personals einzusetzen.

Die Delegierten nahmen anschliessend einstimmig zwei neue Sektionen in den BSPV auf: den Verband der Betriebsweibelinnen und Betriebsweibel des Kantons Bern sowie die Dozierenden der Pädagogischen Hochschule Bern. Zum Schluss wurden die anwesenden Jubilare geehrt, die heuer ihre 40-jährige BSPV-Mitgliedschaft feiern.

Zeitreise durch 100 Jahre

Für gut 150 geladene Gäste ging es dann weiter zur grossen Feier ins Kulturcasino. BSPV-Präsident Peter Bernasconi nahm in seiner Begrüssungsrede die Anwesenden mit auf eine Zeitreise durch 100 Jahre Verbandsgeschichte. Auch Regierungsratspräsident Andreas Rickenbacher und Grossratspräsidentin Therese Rufer-Wüthrich hielten eine Gratulationsrede. Für Unterhaltung sorgten zudem zwei Musiker der Hochschule der Künste Bern sowie der Berner Journalist und Politiker Heinz Däpp.

Buch und Film zum Jubiläum

Der zehnminütige Jubiläumsfilm, der an der Abgeordnetenversammlung vom 22. Juni Premiere gefeiert hat, ist auf der Website des BSPV abrufbar: www.bspv.ch > Über uns > Film: 100 Jahre BSPV. Die DVD mit dem Film kann bei der Geschäftsstelle ausgeliehen werden.

Das rund 120 Seiten umfassende Jubiläumsbuch «100 Jahre BSPV – 100 Jahre im Zeichen der Solidarität» kann ebenfalls bei der Geschäftsstelle bezogen werden. Vorstandsmitglieder des BSPV erhalten ein Gratisexemplar. Mitglieder bezahlen CHF 10.– plus Versandkosten, Nichtmitglieder CHF 20.– plus Versand.

Nachruf: Hans Zaugg †

Am 17. Juni 2012 ist unser Mitglied Hans Zaugg in seinem 95. Lebensjahr verstorben. Hans Zaugg trat 1938 dem Verband bei. Er war im Jubiläumsjahr des BSPV mit 74 Beitragsjahren das langjährigste Mitglied. In unserem Jubiläumsbuch und -film haben wir den ehemaligen Kriegskommissär und Militäroberst portraitiert. An der Abgeordnetenversammlung vom 22. Juni sollte Hans Zaugg zum Ehrenmitglied des BSPV ernannt werden. Leider durfte er dies nicht mehr erleben.

Wir sprechen den Angehörigen von Hans Zaugg unser tief empfundenes Beileid aus.

Nachruf: Paul Martignoni †

Am 2. Juni 2012 ist unser Ehrenmitglied Paul Martignoni-Hänni im Alter von 88 Jahren verstorben. Paul Martignoni trat 1953 im Alter von 29 Jahren dem BSPV bei. Er machte sich in den Jahren darauf als Präsident der Sektion Vereinigung Berner Ortsgruppen, als Mitglied des Zentralvorstands, als Geschäftsleitungsmitglied sowie als Vizepräsident des BSPV im Verband verdient. 1989 wurde Paul Martignoni von der Abgeordnetenversammlung zum Ehrenmitglied des BSPV ernannt.

Wir sprechen den Angehörigen von Paul Martignoni unser tief empfundenes Beileid aus.

Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

Der beliebte Kurs «Finanzielle Pensionsplanung» wurde für das Jahr 2012 aus dem kantonalen Weiterbildungsprogramm gestrichen. Der BSPV springt ein und führt den Kurs am 6. November durch.

Der Schritt vom Erwerbsleben in den Ruhestand eröffnet in finanzieller Hinsicht verschiedene Planungschancen, birgt aber auch etliche Stolpersteine. Es ist deshalb schwierig und anspruchsvoll, sämtliche finanzielle Aspekte zu berücksichtigen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Im Kurs «Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht» erhalten die Teilnehmenden einen praxisnahen Einblick in alle wichtigen Themen rund um die Pensionierung.

Themen

- Voraussetzungen für eine vorzeitige Pensionierung
- Ausgabenbudget
- Steueroptimierungsmöglichkeiten bis zur Pensionierung und danach
- Leistungen von AHV und Pensionskasse
- Kapital oder Rente?
- Neue und alte Anlageformen
- Rückzahlung Hypothek
- Ehe- und erbrechtliche Aspekte

Ziele

Die Teilnehmenden kennen die zentralen Aspekte rund um das Thema finanzielle Pensionsplanung sowie die wichtigen Planungsansätze (AHV, Pensionskasse, Steuern, Anlagen, Budget) in der Vorsorgeplanung.

Zielpublikum

Der Kurs richtet sich an alle Kantonsangestellten, die zirka ein bis fünf Jahre vor ihrer Pensionierung stehen.

Kursleitung und Referenten

Leitung: Oliver Grob, eidg. dipl. Finanzplanungsexperte, Kaufmann HKG
Gastreferat: Vertretung der Bernischen Pensionskasse (BPK) und ein Notar für juristische Fragen

Zeit und Ort

Dienstag, 6. November 2012, 08.30 bis 12.00 Uhr

Hauptgebäude der Universität Bern, Kuppelraum, Hochschulstrasse 4 in Bern

Kosten

BSPV-Mitglieder CHF 60.–
Nichtmitglieder CHF 120.–

Anmeldung

Bis am 20. Oktober 2012 an BSPV, Postfach 533, 3000 Bern 8 oder sekretariat@bspv.ch. Die Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt. Die Anmeldungen werden gemäss Eingang berücksichtigt.

Anmeldung zum BSPV-Kurs «Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht»

Vorname: Name:

Adresse:

E-Mail: Sektion:

Datum: Unterschrift:

Einsenden bis spätestens am 20. Oktober 2012 an:

BSPV, Postfach 533, 3000 Bern 8 oder per E-Mail an: sekretariat@bspv.ch

Anzeige

Unabhängige Finanz- und Vorsorgeberatung mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden!

Oliver Grob

Kaufmann HKG,
Eidg. dipl. Finanzplanungsexperte



Markus Glauser

Eidg. dipl. Versicherungsexperte,
Eidg. dipl. Betriebsökonom HWV



Roland Kuonen

Eidg. dipl. Bankexperte,
Finanzplaner mit eidg. Fachausweis



Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensplanung, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsofferten

Alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand > Sie sparen sich viel Zeit und Ärger.

Referenzen und weitere Informationen finden Sie hier:

www.glauserpartner.ch

 **GLAUSER+PARTNER**

Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern, T 031 301 45 45

Herzlich willkommen im BSPV!

An der Jubiläums-Abgeordnetenversammlung vom 22. Juni 2012 durfte der BSPV zwei neue Sektionen aufnehmen: Die Dozierenden der Pädagogischen Hochschule Bern und die Betreibungsweibel.



Die Betreibungsweibel unter Präsident Urs Gehri und die Dozierenden der PHBern unter Katharina Kalsics traten dem BSPV bei.

Manu Friedrich

Im letzten «diagonal» bereits angekündigt, ist es nun offiziell: Die Betreibungsweibel und -weibelinnen des Kantons Bern sowie die Dozierenden der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) bilden seit der Abgeordnetenversammlung vom 22. Juni 2012 die zwei jüngsten Sektionen des BSPV.

In guter Gesellschaft

Beide Neuankommlinge befinden sich in guter Gesellschaft: Aus dem Bereich Hochschulen sind sowohl die Dozierenden der Berner Fachhochschule als auch die Dozierenden der Universität Bern bereits im BSPV organisiert. Aus dem Betreibungsweiben findet sich bereits der

Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten sowie der Bereichsleiter Inkasso der Steuerverwaltung des Kantons Bern (VBKBIS) unter dem Dach des BSPV.

Starker, vernetzter Partner

Urs Gehri, Präsident des Weibelverbands, und Katharina Kalsics, Präsidentin der Dozierendenvereinigung der PHBern, bedankten sich bei den Delegierten für die einstimmige Aufnahme. Beide sehen den BSPV als starken und gut vernetzten Partner in Sachen Personalfragen.

Der BSPV heisst seine beiden jüngsten Sektionen hiermit offiziell ganz herzlich im Verband willkommen!

HTP: Regionelhöck in Bern

Die Mitglieder der Sektion Handwerklich-technisches Personal (HTP) sind eingeladen, am Regionelhöck in Bern teilzunehmen.

Bei gemütlichem Zusammensein findet eine lockere Diskussion über aktuelle Themen in Zusammenhang mit der Anstellung statt.

Datum: Mittwoch, 12. September

Zeit: ab 19.00 Uhr

Ort: Restaurant Beaulieu, Bern

Organisation: Vorstand HTP

Einladung: erfolgt per Post oder E-Mail an die Mitglieder

Rentner: Ausflug an den Bielersee

Am 17. Oktober organisiert die Rentnervereinigung des BSPV für ihre Mitglieder einen Ausflug an den Bielersee.

Treffpunkt: Schiffländte Biel um 10.20 Uhr

Programm: Mit dem Schiff bis Ligerz; Besuch Rebbbaumuseum; Apéro; zu Fuss nach Schafis (ca. 500 m); Mittagessen bei Familie Andrey

Retour: ca. 16.00 Uhr zu Fuss Richtung Ligerz; Ligerz Schiffländte ab: 17.05 Uhr; Biel Schiffländte an: 17.45 Uhr

Anmeldung: bis am 29. September an Robert Ruprecht, Tel. 031 381 21 77, rob.ruprecht@bluewin.ch

Kosten: CHF 25.– pro Person (wird vor Ort einkassiert)

Wichtig: Fahrkarten bis Ligerz BSG und retour bitte selbst lösen.

Anzeige



Muesmatt AG
Fenster und Schreinerei
 Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
 Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch

So ein Inserat

diagonal

... fällt auf und kostet im diagonal nur Fr. 120.– pro Ausgabe!

Telefon 031 300 63 89 oder inserate@staempfli.com

Betreibungs- und Konkursbeamte: neuer Präsident

Die Betreibungs- und Konkursbeamten sowie die Bereichsleiter Inkasso der Steuerverwaltung des Kantons Bern trafen sich am 25. Mai zur Hauptversammlung in Tramelan und wählten einen neuen Präsidenten.



Rechts der alte und links der neue VBKBIS-Präsident.

Lehmann

Daniel Blaser heisst der neue Präsident des Verbands der Betreibungs- und Konkursbeamten sowie der Bereichsleiter Inkasso der Steuerverwaltung des Kantons Bern (VBKBIS). Er wurde an der diesjährigen Hauptversammlung gewählt und löst damit Roger Schober ab, der das Präsidentenamt von 2006 bis 2012 inne hatte und zuvor neun Jahre lang im Vorstand tätig war. Roger Schober wurde indes von der Versammlung einstimmig zum Ehrenmitglied des VBKBIS gewählt.

Vorstand erneuert

An der Versammlung in Tramelan ebenfalls erneuert wurde der Vorstand. Neu dabei sind: Martin Baumgartner (für Walter Hayoz), Martin Beutler (für René Howald), Philip Schütz (für den zum Präsidenten gewählten Daniel Blaser). Neuer Rechnungsrevisor ist Roger Härri.

Seit 40 Jahren im BSPV

Der VBKBIS wurde bereits 1929 gegründet. Seit vierzig Jahren ist der Verband im BSPV organisiert. Damals war der Name

aber noch nicht ganz so lang: An der Abgeordnetenversammlung von 1972 wird der damalige Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten in den BSPV aufgenommen.

Heute 50 Mitglieder stark

Aufgrund der Reorganisation der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) im Kanton Bern verblieben 1997 gerade mal vier Betreibungs- und Konkursbeamte im BSPV. Zu wenig, um eine eigene Untergruppe zu bilden. Deshalb wurden 17 Dienststellenleiter neu in den Verband aufgenommen. 2003 kamen dann die «Staatskässeler» dazu. Und so wuchs der Namensbandwurm zu seiner vollen Länge heran.

Heuer, im 83. Jahr seines Bestehens, zählt der VBKBIS rund fünfzig Mitglieder und bildet damit eine starke Sektion des BSPV.

Sektion VBKBIS

Daniel Blaser, Präsident
daniel.blaser@jgk.be.ch
www.schkg-be.ch

Kolumne

Fit für eine starke Bildungs- und Personalpolitik

Fast drei Jahrzehnte lang hat Dr. Klaus Baumgartner den KV Bern mit viel Engagement und Erfahrung geleitet. Zuletzt hat er die Fusion von sieben Sektionen zu einem kantonalen Verband umgesetzt. An der Hauptversammlung vom Mai 2012 wurde ich als seine Nachfolgerin zur neuen Präsidentin des KV Bern gewählt.

Zusammen mit unseren Schulen wollen wir erreichen, dass im Kanton Bern in Sachen Bildungs- und Angestelltenpolitik nichts ohne den KV Bern geht. Ein erster Schritt zur Stärkung unserer Position im bernischen Bildungsmarkt ist uns mit dem Abschluss der vom Regierungsrat im Juni genehmigten Übertragungsverträgen gelungen – für die drei kaufmännischen Schulen erstmals in einem gemeinsamen Vertrag. Damit ist die private Trägerschaft des KV Bern für alle vier Schulen (WKS, WST, BFB und bsd) für weitere vier Jahre gesichert.

Mit Innovationsfreude, Professionalität und Top-Mitgliederleistungen packen wir die Herausforderungen an, die vor uns liegen.



Von Giovanna Battagliero
 Präsidentin KV Bern, Fürsprecherin und Berner Stadträtin

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

Arbeitsgruppe «Stopp Gewalt»

Der Polizeiverband Bern-Kanton hat eine Arbeitsgruppe «Stopp Gewalt gegen die Polizei» gegründet. Zwecks Ideen- und Erfahrungsaustausch sucht diese nun Kontakt zu anderen Personalverbänden im Kanton Bern. Sektionen und Verbände, die eine Arbeitsgruppe zum Thema «Gewalt gegen das Personal» haben oder gründen möchten, sind gebeten, sich bei der Geschäftsstelle des BSPV zu melden: sekretariat@bspv.ch.

24. und 31. Dezember sind arbeitsfrei

Der Regierungsrat hat die beiden Montagvormittage vom 24. und 31. Dezember 2012 als arbeitsfrei erklärt. Der eine Halbtage wird vom Arbeitgeber Kanton Bern geschenkt. Der andere Halbtage soll von den Mitarbeitenden mit dem Jahresarbeitszeitguthaben kompensiert werden. Diejenigen Mitarbeitenden, die an diesen Tagen arbeiten müssen, erhalten einen halben Tag gutgeschrieben.

www.bspv.ch > *Aktuell* > *News*



Weihnachtsgeschenk an das Personal.

Warum wird der Staatsforst ausgedünnt?

Per 31. Oktober 2013 erhalten 25 von 54 Mitarbeitenden des bernischen Staatsforstes die Kündigung. Am Vorgehen an sich ist nichts auszusetzen. In einer Interpellation hinterfragt BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter jedoch den Grundgedanken der Reorganisation: Muss der Staatsforst noch gewinnbringender arbeiten und personell ausgedünnt werden?

www.bspv.ch > *Aktuell* > *Aktionen*

Lohnkürzungen im Kanton St. Gallen

Das Personal des Kantons St. Gallen muss für das Sparpaket den Kopf hinhalten: Unter anderem wird allen Angestellten der Lohn um 1,5 Prozent gekürzt. Damit soll verhindert werden, dass Personal entlassen werden muss. Der Kantonsrat hatte in der Junisession die Regierung beauftragt, weitere gut 16 Millionen Franken zu sparen – primär beim Sach- und Personalaufwand. Diese Sparvorgabe entspricht rund 200 Stellen.



Staatsforst: Die Reihen lichten sich.

Interventionskonferenzen bei Gewalt

BSPV-Grossrat Markus Meyer und weitere Grossräte verlangen die Schaffung gesetzlicher Grundlagen, damit bei Drohungen und Gewalt gegen das Personal von Behörden rasch und unbürokratisch zusammengearbeitet werden kann. Zu prüfen seien insbesondere sogenannte Interventionskonferenzen, die den raschen Info-Austausch zwischen Verwaltung, Polizei und Justiz ermöglichen.

www.bspv.ch > *Aktuell* > *Aktionen*

Jede zehnte Schweizer Stelle im Tieflohn

Rund zehn Prozent der Angestellten in der Schweiz haben 2010 für ein volles Pensum einen Monatslohn von unter 4000 Franken erhalten. Insgesamt wurden in diesem Jahr schweizweit rund 275 000 sogenannte Tieflohnstellen gezählt. Dies geht aus dem Ende Juni 2012 veröffentlichten Bericht «Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2010: Tieflohne in der Schweiz» des Bundesamtes für Statistik hervor.

www.bfs.admin.ch > *Publikationen*



Gewalt: Nicht nur Polizei betroffen.

Impressum

diagonal

**BSPV
APEB**

Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Anna C. Lehmann Löffel
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

T. Wenger, Ch. Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

P+H

P+H PARQUET+
HOLZBAU AG BERN

Weissensteinstrasse 4
CH-3000 Bern 5
Tel: +41 (0)31 385 28 28
Fax: +41 (0)31 385 28 29
E-Mail: info@phbe.ch
Web: www.phbe.ch

DIE PROFIS FÜR FENSTER, SCHREINEREI,
ZIMMEREI UND PARKETT

...mich flexibel weiterbilden!

Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**

Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch



Umzüge
Privat und Geschäft

**peyer
bern**

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

FRIWASH

Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

Un seul



pour réduire vos primes.

APEB

Quelle chance que vous soyez membre de l'APEB. Vous profitez ainsi de plus de 25% de rabais sur les primes d'assurances complémentaires et d'un conseil personnalisé auprès de la CPT, première caisse-maladie online. Commandez simplement votre offre: 058 310 98 71 ou www.bspv.kpt.ch

**KPT
CPT**
Simplement bien assuré.



Le Conseil-exécutif n'entend en aucun cas voir échouer son projet de loi sur les caisses de pension.

Manu Friedrich

Caisses de pension – une situation plus que confuse

La procédure de consultation relative à la Loi cantonale sur les caisses de pension a été lancée. Les membres de l'APEB sont invités à prendre position.

La direction de l'APEB s'est occupée de l'abondante documentation afférant à la consultation sur la Loi cantonale sur les caisses de pension (Projet FUTURA) à la mi-août. Là-dessus, aura lieu le 20 septembre une séance extraordinaire du Comité central qui sera consacrée à ce thème. Au cours de celle-ci, l'orientation de l'association sera définie. Les membres auront la possibilité d'exercer leur influence par le biais de leur section.

Des conséquences incertaines

La révision de la loi portera entre autres sur le passage du système de primauté basé sur les prestations à un système basé sur les contributions. Conformément à l'hypothèse retenue par le Conseil-exécutif, soit 1,5 pour cent de progression sa-

lariale annuelle, les attentes pour ce qui a trait aux rentes, sont les mêmes qu'actuellement. Si les augmentations salariales sont supérieures, le système de primauté basé sur les contributions présentera des désavantages. Car les hausses de salaire supérieures à la moyenne doivent être assurées individuellement. Si les augmentations salariales sont en revanche inférieures, il en résultera même des avantages.

Le changement de système de primauté ne doit pas viser à faire des économies. Le Grand Conseil l'avait promis en son temps. Si l'inflation annuelle était de 10 pour cent, ce que nous avons déjà connu, le système de primauté basé sur les contributions aurait toutefois des conséquences peu souhaitables. Les rentes pré-

vues en vertu de la primauté basée sur les prestations ne seront plus les mêmes dans un système de primauté basé sur les contributions. Cette remarque s'adresse plus particulièrement aux collaborateurs plus âgés. Pour que la perte reste limitée, Des contributions de 500 millions de francs sont prévues pour les bénéficiaires de la garantie de la situation acquise. Tous les collaborateurs toucheront une bonification.

Réduction des prestations?

Les deux caisses présentaient ensemble, à la fin de l'exercice, un découvert de près de trois milliards de francs. Le canton entend le compenser ces prochaines années. Une décision n'a pas encore été prise quant à savoir s'il faut choisir un système de capi-

talisation partielle ou complète. Les collaborateurs ne devraient pas en supporter directement les charges financières.

Le Conseil-exécutif est prêt à assurer le refinancement si le taux d'intérêt technique devait être fixé à 3,5 pour cent. La commission d'administration de la Caisse de pension bernoise a décidé d'abaisser ce taux à 2,5 pour cent. Ce qui n'a rien à voir avec la révision de la loi. Une telle mesure entraînera cependant une hausse considérable des contributions à partir du 1^{er} janvier 2013 ou, à plus long terme, une diminution sensible des prestations comme notamment l'augmentation de l'âge de la retraite. L'APEB espère que le débat sur la question n'est pas encore clos.

Un salaire, c'est bien – une progression salariale est encore mieux

L'APEB accueille favorablement la révision actuelle de la Loi sur le statut du personnel enseignant. Le personnel cantonal est aussi touché. Après des années sans résultat, voilà que se dessine enfin la perspective d'une progression salariale fiable.

C'est en termes clairs que le Conseil-exécutif relève le fait que la progression salariale a été totalement insuffisante ces dix dernières années. Il entend désormais prendre le taureau par les cornes. Les associations de personnel s'en félicitent.

Il faut d'urgence boucher les trous

Si les nouveaux collaborateurs bénéficient d'une progression salariale fiable, on ne peut que s'en réjouir. Cependant, il faut également entreprendre quelque chose en faveur de tous ceux et toutes celles qui, ces dernières années, n'ont pas bénéficié d'une augmentation ou n'ont reçu qu'une trop faible augmentation. 200 millions de francs doivent être débloqués pour combler les lacunes. Et outre ce fait, la politique inconsidérée menée ces dernières années a fait des victimes.

L'APEB exige en conséquence :

- l'application immédiate de la nouvelle Loi sur le statut du corps enseignant,

Votre opinion nous intéresse !

Le Conseil-exécutif a, le 5 juillet dernier, mis en consultation le projet de Loi cantonale sur les caisses de pension. Les participants à la procédure de consultation ont jusqu'à début octobre pour prendre position. Les documents à consulter se trouvent sous www.be.ch/vernehmlassungen > Français. Vous voudrez bien nous communiquer votre opinion sur le texte de loi à l'adresse suivante : sekretariat@bspv.ch.

Une appréciation globale

Il faudra attendre que les propositions soient examinées au sein du Grand Conseil avant de savoir si l'APEB lancera un référendum contre le projet de loi. Il est clair que l'énorme charge financière que représente l'assainissement des caisses de pension ne pourra être compensée par le biais

d'une progression salariale fiable. En conséquence, le Conseil-exécutif a, sciemment, mis en relation les questions salariales et les questions liées à la prévoyance.

L'APEB entend évaluer le projet de Loi sur les caisses de pension dans son ensemble, dans le cadre de l'évolution générale en matière de politique du personnel.

- une adaptation de la Loi sur le personnel,
- la compensation totale des pertes de salaire,
- la compensation intégrale du renchérissement,
- le réexamen de tous les classements individuels dans l'échelle des traitements.

Impact sur un autre sujet

L'APEB est impatiente de connaître aussi l'impact de la révision de l'Ordonnance sur le personnel, qui est prévue pour la fin

de cette année. Le congé paternité et la cinquième semaine de vacances, par exemple, sont autant de thèmes qui doivent faire l'objet d'une nouvelle réglementation.

On saura alors si le Grand Conseil se rend compte que les demi-mesures ne suffisent plus. Une solution satisfaisante s'agissant du système de rétribution influencera sensiblement notre position à propos des questions qui se posent actuellement au sujet des caisses de pension.

Les pasteurs sont des employés cantonaux

Une motion déposée au Grand Conseil exige que le Conseil-exécutif examine la question du financement, dans le canton de Berne, des salaires des pasteurs par le biais des impôts ecclésiastiques.

L'APEB s'est toujours prononcée en faveur de solutions solidaires. Les pasteurs et les pasteurs sont des employés cantonaux et doivent le rester.

Nous recommandons à tous les députés du Grand Conseil d'accepter la proposition du Conseil-exécutif et de rejeter la motion Wüthrich.

diagonal

100 ans
APEB

www.apeb.ch

Rappel

Séance extraordinaire

Le Comité central de l'APEB se réunira dans le cadre d'une séance extraordinaire qui aura pour thème la loi sur les caisses de pension.

Date: jeudi 20 septembre 2012

Heures: 16 h 00 (attention: une heure plus tôt qu'habituellement)

Lieu: Université de Berne, Freiestrasse 3, 3012 Berne

L'invitation accompagnée avec de plus amples informations vous parviendra prochainement. En cas d'empêchement, vous voudrez bien nous communiquer le nom de la suppléante ou du suppléant.

Editorial



Après les festivités il s'agit d'aborder les problèmes épineux.

Manu Friedrich

Deux thèmes d'actualité étroitement liés

Les festivités du jubilé sont maintenant achevées. L'APEB est désormais confrontée à des sujets épineux tels que la nouvelle Loi cantonale sur les caisses de pension et la politique en matière de salaire.

Par Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Le 22 juin, l'APEB a fêté son centenaire dans le cadre d'une manifestation qui s'est déroulée à la salle des spectacles et des concerts du Casino. Quelques jours plus tard, le Conseil-exécutif présentait son projet de loi attendu sur les caisses de pension cantonales. Les participants à la procédure de consultation ont jusqu'à début octobre, pour prendre position.

Le 20 septembre, le Comité central de l'APEB se réunira dans le cadre d'une assemblée extraordinaire pour examiner le projet de loi. Au cours de celle-ci, il s'agira de définir l'orientation qui sera prise par

l'association. Les membres pourront exercer leur influence par le biais de leur section ou transmettre leur prise de position directement au secrétariat.

Il est clair que la grosse charge financière que constitue l'assainissement des caisses de pension ne pourra être compensée que par le biais d'une progression salariale fiable. Une solution satisfaisante, s'agissant du système de rétribution, influencera sensiblement notre position dans les questions futures ayant trait aux caisses de pension.